



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

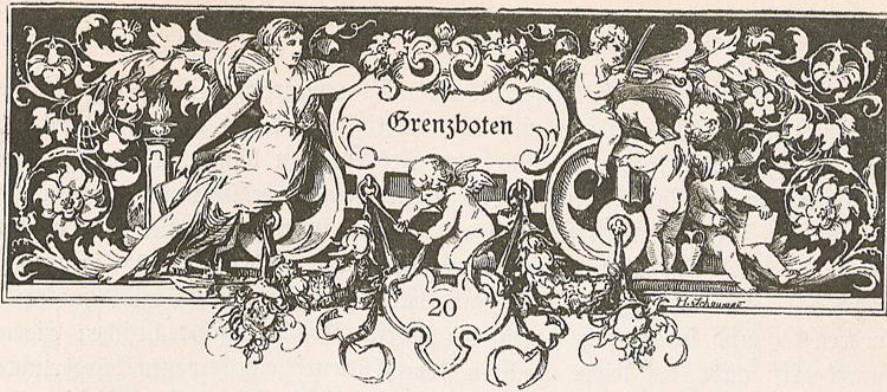
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Unser Standpunkt in den sozialen Kämpfen der Gegenwart

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Unser Standpunkt in den sozialen Kämpfen der Gegenwart



iemlich nahe stehen wir den Männern des Evangelisch-sozialen Kongresses. Wie sie, wissen wir, daß die Sozialdemokratie nicht ein Gemisch von Verrücktheit und Niedertracht, sondern ein notwendiges Erzeugnis wirtschaftlicher Zustände und weltbeherrschender geistiger Strömungen ist. Das meiste von dem, was auf dem letzten Kongreß am 20. und 21. April gesprochen worden ist, finden wir vortrefflich und heilsam. So z. B. den Vortrag Raumanns, des Vereinsgeistlichen für innere Mission in Frankfurt a. M., über die Ehe. Es wird Zeit, einmal an solcher Stelle darauf hinzuweisen, daß in der Theologie die wirtschaftlichen Grundlagen der Ehe entweder unberücksichtigt bleiben oder einfach vorausgesetzt werden, daß sie aber thatsächlich weithin nicht mehr vorhanden sind; Raumann sagt, es sei Aufgabe der Gegenwart, zu prüfen, inwieweit wirtschaftliche Forderungen Sache des Glaubens und der religiösen Pflicht seien. Er hätte sich noch stärker ausdrücken und zweierlei hervorheben können. Erstens, daß es bei den untern Schichten des Proletariats ganz gleichgiltig ist, ob die Leute in der Ehe oder im Konkubinat leben, weil eine alles wirtschaftlichen, gemüthlichen und sittlichen Inhalts entbehrende Verbindung von Mann und Weib eben weiter gar nichts anderes ist als ein Konkubinat, woran weder die Eintragung ins Standesamtsregister noch die kirchliche Zeremonie etwas ändern kann. Auch zivilrechtlich hat die Proletarierehe keine Bedeutung mehr, wo die Frau ihren Lebensunterhalt selbst erwirbt, Staat und Gemeinde für die Kinder und für die Alten sorgen und die Eltern kein Erbteil hinterlassen. Zweitens, daß die sozialdemokratische Auffassung der Ehe weiter nichts ist, als die Anerkennung dieses Zustandes, der schon vor der Sozialdemokratie da war, und aus dem sie eben hervorgegangen ist. Rau-

manns Vortrag blieb nicht ohne Widerspruch; namentlich weil er, worauf wir uns hier nicht einlassen, sehr einseitig die Kinder als den einzigen Zweck der Ehe bezeichnet hatte. Doch meinte auch Stöcker, man könne sittliche Zustände unmöglich in die Luft bauen, die christliche Familie bedürfe einer materiellen Grundlage. Rechtsanwalt Bleicken aus Altona forderte, um für die Ehe des armen Mannes eine Grundlage zu beschaffen, eine Änderung des Eigentumsrechts — also der Hauptsache nach dasselbe, was die Sozialdemokraten fordern — und sprach sich gegen den herrschenden römisch-rechtlichen Eigentumsbegriff aus, der leider auch in dem Entwurf eines neuen bürgerlichen Gesetzbuchs zum Ausdruck gelangt sei. Es versteht sich, daß auch die vielbesprochne Wohnungsnot und der Grundstückwucher in den großen Städten sowie der Mangel einer vernünftigen Bauordnung besprochen wurden, Übelstände, denen gegenüber der Staat so lange ohnmächtig bleiben wird — das sagen wir und nicht einer der Herren des Kongresses —, als im öffentlichen Leben der Grundsatz gilt, daß das Recht mit dem Geldsack zu- und abnimmt, gleichviel, durch welche Mittel dieser gefüllt worden ist.

Stimmen wir in diesen und vielen andern Dingen den Herren vom Kongreß bei, so genügt uns doch ihre Kritik der sozialen Zustände noch nicht, weil der Nachweis fehlt, wie diese aus den wirtschaftlichen mit Notwendigkeit hervorgehen. Darüber weiter unten. Zuvörderst noch ein Wort über die Ziele des Kongresses. Wir gestehen, daß sie uns nicht klar sind, obwohl der Vorsitzende, Landesökonomierat Nobbe, behauptete, sie seien klar. „Wir wollen das scharfe und klare Licht des Evangeliums auf unsre wirtschaftlichen Verhältnisse fallen lassen und sie daran messen. Wir wollen die bestehenden Gegensätze innerlich überwinden und friedlich lösen. Das ist ein klares Ziel.“ Der erste der beiden Sätze scheint auf eine rein beherrschende Tätigkeit hinzuweisen, durch die Kongreßverhandlungen und die allerdings vortrefflichen blauen Hefte, die „Evangelisch-sozialen Zeitfragen.“ Der zweite Satz dagegen scheint zusammen mit den nachfolgenden Erläuterungen dem Kongreß eine praktische Aufgabe zuzuteilen; er soll, wenn wirs recht verstehen, die evangelische Kirche dazu anleiten, durch Predigt und Gemeindeleben die soziale Frage zu lösen. Wir zweifeln nicht daran, daß die vom Kongreß ausgehenden Belehrungen und Anregungen sowohl die Predigt wie das Gemeindeleben der evangelischen Kirche heilsam befruchten werden; entfalten doch schon jetzt nicht wenige evangelische Geistliche eine recht erfreuliche und erfolgreiche soziale Tätigkeit, während die katholischen, mit Ausnahme einiger praktisch verständigen Männer wie Hitze und Dasbach, im Bannkreise gutgemeinter, aber ohne alle Sachkenntnis geschriebener Enchiridien vom lebendigen Strome der Zeit unberührt bleiben. Aber wenn die Lösung der sozialen Frage von der Kirche erwartet würde, so könnte die Enttäuschung nicht ausbleiben. Nicht die Staaten zu stützen, sondern die Seelen zu erlösen ist Christus gekommen. Sein Reich ist nicht von dieser

Welt, und mit der Ordnung der Angelegenheiten dieser Welt will er nichts zu thun haben; er läßt die Toten ihre Toten begraben. Daß sich die bürgerliche Ordnung anders und besser gestaltet, wo die Bürger gute Christen sind, kann nicht ausbleiben, aber das macht sich so von selbst; und wo die Kirche unmittelbar einzuwirken sucht, da hat sie gewöhnlich keinen andern Erfolg, als daß sie ihren still und mächtig wirkenden mittelbaren Einfluß einbüßt. Keine Statistik vermag nachzuweisen, wie viel Not das Christentum zu allen Zeiten gelindert, wie viel Haß es ausgelöscht, wie viel heilsame Ordnung es gestiftet, wie viel Mut und Kraft zum Arbeiten, Kämpfen und Dulden es eingeflößt hat, aber die soziale Frage hat es zu keiner Zeit gelöst. Weder hat die Kirche das römische Reich vor der Auflösung noch die deutschen Bauern des sechzehnten Jahrhunderts vor der Knechtung bewahrt; weder im katholischen Stalien noch im protestantischen Pommern hat sie die Landarbeiter, weder in England noch in Belgien die Fabrik- und Grubenarbeiter vor unsäglichem Elend bewahrt, weder London noch Paris, weder Berlin noch Wien gehindert, ein Sodom zu werden. Unter gewissen wirtschaftlichen Verhältnissen erkrankt der Volkskörper und bildet sich sozialer, politischer und sittlicher Eiter, gleichviel ob die Betroffenen Protestanten oder Katholiken, Christen, Atheisten oder Heiden sind. Daß der Kongreß darauf mit Nachdruck hinweist, ist sein Verdienst, und wir suchen uns desselben Verdienstes teilhaft zu machen. Daß aber die evangelische Kirche von sich aus die wirtschaftlichen Übelstände zu beseitigen vermögen werde, können wir nicht glauben.

Der Generalsekretär des Kongresses, Paul Göhre, meint im Schlußkapitel seines verdienstvollen Buches „Drei Monate Fabrikarbeiter“: daß die Sozialdemokratie aus der Welt geschafft werde, sei weder möglich noch wünschenswert. „Aber möglich, wünschenswert und notwendig ist, daß sie erzogen, geädelt und geheiligt wird. Dies geschieht sicherlich zunächst durch eine kraftvolle, tiefgreifende Reformarbeit, durch die bedingungslose Erfüllung aller berechtigten Wünsche der millionenköpfigen Arbeitermasse, durch ihre Organisation zu einem besondern Stande, und durch dessen Einpflanzung in den Rechtsboden des modernen Staates.“ So lange das Massenelend dauert, halten auch wir die Sozialdemokratie für notwendig; denn nur eine revolutionäre Partei ist rücksichtslos genug, so laut zu schreien, daß die herrschenden Klassen, die sonst grundsätzlich vor allem Elend die Augen schließen, dieses Elend und den davon drohenden Verfall des ganzen Volkes gewahr werden. So haben ja auch die sozialdemokratischen Fabrikarbeiter schon die glänzendsten Erfolge zu verzeichnen. Zu ihrer Beruhigung hat sich die Regierung in eine großartige Sozialpolitik eingelassen, die immer von einer bedenklichen Maßregel zur andern fortthastet, während die Lammfrommen Weber des Glazer Gebirges unbelästigt von obrigkeitlichen Maßregeln hätten verhungern dürfen, wenn nicht statt ihrer der Pfarrer Klein Lärm gemacht hätte. Aber wir halten das Massenelend für

heilbar und vom Zeitpunkte der Heilung ab die Sozialdemokratie für entbehrlich. Die Organisation der Arbeitermasse zu einem besondern Stande so dann, und dessen Einpflanzung in den Rechtsboden des modernen Staates liegt weitab von unserm Ideal. Dieses besteht in der berufsständischen Gliederung und in der Wiederherstellung des Kleinbetriebes. Sollte dieses Ideal nicht zu verwirklichen und die endgiltige Spaltung der Gesellschaft in eine Kapitalisten- und in eine Arbeiterklasse unvermeidlich sein, dann würde sich die organisierte Arbeiterklasse, sobald sie die Mehrheit im Volke erlangt hat, nicht in den Rechtsboden des modernen Staates einpflanzen lassen, sondern es mit der Gründung des allermodernsten Kommunistenstaates versuchen. Nur durch die Verklavung des Arbeiterstandes könnte diesem Lauf der Dinge vorgebeugt werden. Wenn endlich Göhre sagt, es sei der Kirche gleichgiltig, ob sie in einem Feudal-, Manchester- oder Sozialstaate wirke, so ist das allerdings richtig. Wenn er aber dem Grundsatz Geltung verschaffen will, daß auch ein Sozialdemokrat Christ und ein Christ Sozialdemokrat sein könne, so verwechselt er den Sozialismus mit der Sozialdemokratie. Christ und Sozialist, das verträgt sich, denn Produktionsweise, Gesellschafts- und Staatsverfassung sind dem Christen indifferente Dinge, und macht er ja einen Unterschied, so könnte auch heute, wie schon in der Urgemeinde, seine Sympathie dem Sozialismus gehören. Aber die Sozialdemokratie ist, wie Göhre an andern Stellen selbst ausführt, ein System, das den Sozialismus mit jener atheïstischen Weltanschauung verschmilzt, die man sehr mit Unrecht die moderne nennt (ist sie doch schon von den Alten, z. B. von Lukrez gepredigt, und das Leben darnach im zweiten Kapitel des Buches der Weisheit wunderschön geschildert worden). Da der Christ doch nicht gut Atheïst sein kann, so kann er auch nicht Sozialdemokrat sein. Man mag das lebhafteste Mitleid mit diesen Leuten und für die besseren unter ihnen tiefe Sympathie empfinden, aber ihnen angehören kann man als Christ nicht. Daher wird es auch Göhre und seinen Gesinnungsgenossen nicht gelingen, die sozialdemokratische Bewegung, wie er in Nr. 17 der „Christlichen Welt“ sagt, „innerlich zu wandeln und zu adeln,“ dadurch, daß die christlichen Helfer „ihr Bestes in sie hineingießen.“ Die Sozialdemokraten wollen von solchem Geistes- und Liebeserguß nichts wissen; sie verschließen ihre Herzen. Wer einmal der Sozialdemokratie angehört, der ist fürs Christentum verloren. In einzelnen Fällen sind ja Befehrungen möglich; im großen und ganzen aber stehen sich Kirche und Sozialdemokratie als zwei Welten gegenüber, zwischen denen eine unüberbrückbare Kluft gähnt. Für die Kirche gilt es zunächst, ihren Besitzstand zu bewahren, wie auch Sozialreformer, deren Ideal nicht das sozialdemokratische ist, nur auf solche Volksschichten bauen können, die der Sozialdemokratie noch nicht verfallen sind, namentlich auf den Kleinbürger- und Bauernstand.

Das wirtschaftliche Getriebe aufzudecken, das diese gesunden Grundlagen

der Gesellschaftsordnung zum Teil schon zerstört hat und noch weiter zu zerstören droht, jener falschen ökonomischen Wissenschaft und ihrer Presse, die im Interesse und teilweise im Solde der Geldmacht dieses Zerstörungswerk je nach Umständen durch Totschweigen und Schönfärberei verhüllt oder als großartigen Kulturfortschritt bejubelt, die heuchlerische Maske vom Gesicht zu reißen, den Wegen nachzuspüren, auf denen von der noch übrigen gesunden Grundlage aus das verlorne Terrain zurückerobert werden könnte, jede Erscheinung des öffentlichen Lebens, jede Maßregel der Gesetzgebung und Verwaltung daraufhin zu prüfen, nicht wie sie auf die Sozialdemokratie wirkt, sondern wie weit sie entweder der Auserbauung oder der Zerstörung dient, diese Aufgabe haben sich die Grenzboten gestellt. Sie bekämpfen die Sozialdemokratie also nur indirekt, indem sie die Bedingungen zu beseitigen mahnen, unter denen sie entsteht.

Was jene direkte Bekämpfung anlangt, mit der sich die Zeitungen aller bürgerlichen Parteien so viel Mühe geben, so ist es schade um jeden darauf verschwendeten Tropfen Tinte. Von uns vollends wäre es doppelt einfältig, wenn wir uns daran beteiligen wollten. Unsere gesinnungsverwandten Leser stehen nicht in Gefahr, durch sozialdemokratische Trugschlüsse verführt zu werden, wir haben also nicht nötig, diese zu widerlegen. Die gewöhnlichen Sozialdemokraten lesen die Grenzboten nicht; Bebel, Liebknecht und die Redakteure der sozialdemokratischen Blätter aber, die uns vielleicht lesen, sind, als Parteimenschen, unbefehrbar. Wenn sich hie und da einer unsrer Freunde durch sozialdemokratische Äußerungen oder Kundgebungen veranlaßt fühlt, seinem Ärger Luft zu machen, oder ein wenig zu polemisieren, oder für einen besondern Fall, wo sie angezeigt erscheinen, Repressivmaßregeln zu empfehlen, so weisen wir solche Zuschriften nicht grundsätzlich zurück, nur eben als unsere Aufgabe sehen wir dergleichen nicht an und halten es für nebensächlich. Dazu kommt noch, daß die landesübliche direkte Bekämpfung teils ihr Ziel verfehlt, teils geradezu schadet. Sie verfehlt ihr Ziel, wenn sie sich gegen die atheistic-materialistische Weltansicht der Sozialdemokraten wendet. Diese Weltansicht bekämpfen auch wir beständig, aber nicht bei denen, die sie nur empfangen, sondern bei denen, die sie erzeugt und ausgebildet haben. Mit dem sozialdemokratischen Atheismus uns zu befassen, hätten wir nur dann Veranlassung, wenn er uns in einer bedeutenden litterarischen Erscheinung entgegenträte, und das ist bis jetzt noch nicht der Fall gewesen.

Über den Atheismus und Materialismus der Sozialdemokratie zu zetern, ist einfach lächerlich. Sind doch England und Spanien heute die einzigen Länder Europas, wo man sich noch zum positiven Christentum bekennen darf, ohne als unwissender und unwissenschaftlicher Banause, als Finsterling, Reaktionär und Pfaffenknecht von den Vertretern der Wissenschaft und von der liberalen Presse, d. h. von neun Zehnteln aller Zeitungen, geächtet zu werden. Die Professoren

mögen süß oder sauer sehen, mögen sich drehen und winden, wie sie wollen, mögen toben oder uns mit schweigender Verachtung strafen, es bleibt dabei, daß die Sozialdemokraten ihre einzigen folgerichtigen und wahrhaftigen Schüler sind. Der Unterschied besteht allerdings, daß auch die Gegner des Christentums unter den Gelehrten in Schrift und Rede die idealen Güter predigen, während die Sozialdemokraten vor der Hand die materiellen fordern, aber stattet jeden Sozialdemokraten mit 10—20 000 Mark Einkommen aus oder eröffnet ihm die sichere Aussicht darauf, und ihr werdet sehen, daß er sich den Luxus der Pflege idealer Güter ebenfalls gönnt. „Nun ist das Püppchen eine Kommerzienrätin und kann sich alles gönnen, auch das Ideale,“ sagt Professor Schmidt sehr schön von der Frau Senny Treibel. Wir zweifeln nicht im mindesten daran, daß es allen Professoren ohne Ausnahme mit der höhern Wertschätzung der idealen und der Geringsachtung der materiellen Güter voller Ernst ist, nur fehlt ihnen leider, außer etwa im Fall eines Krieges, die Möglichkeit, diesen Ernst zu beweisen. Sie erfreuen sich einer gesicherten und behaglichen Lebensstellung, hoher Ehren und Auszeichnungen. Sie brauchen das alles zur Ausübung ihres Berufes; es läßt sich daran nichts ändern, und wir wünschen keine Änderung. Aber so lange dieser Zustand fort dauert, ist ihnen, wie gesagt, die Möglichkeit entzogen, einen Sozialdemokraten davon zu überzeugen, daß sie aus den gemeinsamen metaphysischen Voraussetzungen andre praktische Folgerungen ziehen als dieser. Es giebt in der Welt nur ein einziges Mittel, die Menschen, die nicht wie Gott ins Herz sehen können, davon zu überzeugen, daß man die idealen Güter höher schätzt als die materiellen, das ist die Preisgebung dieser um jener willen. Wer sich seines Glaubens wegen verbrennen oder an den Galgen hängen, wer sich seiner politischen Überzeugung wegen seine Güter konfiszieren, seines Amtes entsetzen und ins Gefängnis sperren läßt, der liefert diesen Beweis. Wer aber so glücklich oder unglücklich ist, mit den herrschenden Mächten im besten Einvernehmen zu leben und zu lehren, der kann diesen Beweis nicht erbringen. Vielleicht bereitet ihm das einen so großen Schmerz, daß er ein innerlicher Märtyrer und darum vor Gott um so größer ist; aber die Sozialdemokraten kann er weder widerlegen noch beschämen.

Was aber die volkswirtschaftlichen Irrtümer der Sozialdemokratie betrifft, so ist deren sogenannte Widerlegung in der bürgerlichen Presse weiter nichts als ein gemeingefährlicher grober Unfug. Gewiß machen sich die Sozialdemokraten außer den psychologischen Irrtümern auch mancher ökonomischen schuldig, wie wir gelegentlich hervorheben, aber sie verstehen wenigstens das Einmaleins der Volkswirtschaft, das Herrn Eugen Richter ein Buch mit sieben Siegeln zu sein scheint. Wir wundern uns darüber nicht besonders, denn Eugen Richter ist ein großer Finanzkünstler, und die Finanzkunst ist von alters her die geschworne Feindin der Volkswirtschaft, deren Dienerin zu sein, wie sie es sollte, sie gewöhnlich verschmäht. Eugen Richters „Srrlehren“ sind lediglich seine

eignen und nicht die der Sozialdemokratie. In den „Zukunftsbildern“ treten sie nicht so deutlich hervor. Hier hatte der Verfasser leichtes Spiel. Daß die Verwaltung eines auf ganz neuer Grundlage organisierten Staates bedeutend schwieriger sein würde, als die Kritik der bestehenden Gesellschaftsordnung ist, kann niemand leugnen, und es ist sehr wahrscheinlich, daß die Sozialdemokraten, wenn sie zur Herrschaft gelangten, alle die Dummheiten begehen würden, die sie Richter begehen läßt, und noch einige andre dazu. Jedenfalls ist es für einen Novellisten dieses Genres so leicht, seine Helden Dummheiten begehen zu lassen, wie für andre Novellisten, ihren Helden überirdische Weisheit und Tugend anzudichten.

Daß die Sozialdemokraten die „klassische Ökonomie“ zwingen, sich ihrer Haut zu wehren und dabei ihre Blöße von Tag zu Tage deutlicher und kläglicher zu enthüllen, damit erweisen sie dem Staat und der Gesellschaft eine unschätzbare Wohlthat. Mit der „klassischen Ökonomie“ meinen wir nicht etwa das Lehrgebäude Adam Smiths, sondern die Karrikatur davon, die man in der liberalen Presse die Frechheit hat für Smiths Lehre auszugeben; mit etwas mehr Recht könnte man sie als die Ricardos bezeichnen. Gegen die Volksverdummung, die dieser Presse gelungen ist, sind die Erfolge der Inquisition Kinderpiel. Dieser ist es in einer Zeit, wo es noch keine Zeitungs- und keinen Telegraphen gab, nur in einem einzigen Lande Europas gelungen, mit barbarischen Mitteln, mit Kerkergraus, Folter und Scheiterhaufen die Herrschaft eines religiösen Glaubens unversehrt zu erhalten. Der Presse aber gelingt es in jenem Lichte einer scheinbar vollen Öffentlichkeit, das sie selber verbreitet, und im Zeitalter des elektrischen Telegraphen, die bürgerliche Gesellschaft der ganzen Welt in Unwissenheit zu erhalten. In Unwissenheit nicht, wie in den Glaubenskämpfen, über Dinge, von denen wir ohnehin auf natürliche Weise nichts wissen können, und die an sich nur für zartere Gemüter und tiefere Geister Interesse haben; sondern in Unwissenheit über Dinge von allergrößter Körperlichkeit, von denen das leibliche Wohl und Wehe jedes einzelnen unmittelbar abhängt. Die einfache Wahrheit, die keinem Gesetzgeber des Altertums, keinem Könige, Pfaffen, Bauern und Bürger des Mittelalters unbekannt gewesen ist, daß jede Familie ein Stück Land besitzen oder von der Arbeit einer andern mit Land ausgestatteten Familie leben muß, hat man hinter Abstrakten wie: rationelle Landwirtschaft, Blüte von Industrie und Handel verschwinden lassen; und wenn die Behörden hie und da einmal mit allen Maulkörben, die sie den Klagenden anlegen, nicht verhindern können, daß es ruchbar wird, wie schlecht ein großer Teil des Volkes mit Nahrung, Kleidung und Wohnung versorgt ist, so suchen sie sich und das Volk mit dem Troste zu beruhigen, daß eben eine „Depression“ eingetreten sei, die ja bald einem „Aufschwung“ weichen werde, da nun einmal „das Darniederliegen“ mit dem Aufschwunge wechsle, wie Baisse und Hauffe an

der Börse, und daß „es“ schon wieder besser werden werde. Bei dem unpersönlichen, mythischen und mystischen „es,“ bei einem großen Unbekannten, einem unerforschlichen Naturprozeß ist die Weisheit des neunzehnten Jahrhunderts angelangt, nachdem die Welt noch bis ins achtzehnte hinein ganz genau gewußt hat, wo Brot, Fleisch, Milch und alle übrigen Güter herkommen, und was man thun muß, um sie zu gewinnen, und nachdem die Fortschritte der Technik diese Gewinnung so unendlich erleichtert haben. Die Arbeiterzustände Englands und des „hochliberalen, streng parlamentarisch regierten“ Italiens, deren Kenntnis zum Verständnis der wirtschaftlichen Entwicklung Europas unbedingt notwendig ist, bleiben dem deutschen Zeitungsleser verborgen; amtliche Berichte über haarsträubende Fabrikzustände, Prozesse, in denen das Arbeiterelend oder die Künste gewisser Geldmächte oder die Korruption der Presse besonders grell hervortreten, werden in ganz Europa unisono totgeschwiegen. Und die Begriffe Kapital und Kapitalbesitz, Volksvermögen und Volkseinkommen, Produktivität und Rentabilität, Begriffe, ohne deren klares Verständnis und scharfe Unterscheidung weder ein vernünftiges Vermögens- und Schuldbrecht, noch eine vernünftige Agrar-, Gewerbe- und Handelsgesetzgebung möglich ist, hat man so gründlich verwischt und verwirrt, daß fast jeder über solche Dinge handelnde Zeitungsartikel einen Rattenkönig von schiefen Darstellungen und Trugschlüssen bildet. Diese allgemeine Trübung des Verständnisses trägt ja nun auch ihren Urhebern reichliche Früchte. Nur in der geistigen Nacht, die das Ungeheuer Geldmacht um sich verbreitet — ein wahrer Tintenfisch, da wirklich die Tinte sein Trübungsmittel ist —, vermag es seine Beute zu erhaschen und zu verschlingen.

Die Vertreter der verschiedenen Arten von Kapitalbesitz, die ihr Klasseninteresse unter den Namen von vier verschiedenen Parteien verbergen, liegen sich zwar beständig in den Haaren, aber weil sie sämtlich ohne Rücksicht auf das Gemeinwohl Klasseninteressen verfolgen und unter der Herrschaft derselben volkswirtschaftlichen Begriffsverwirrung stehen oder vielleicht auch diese Begriffsverwirrung für ihre Zwecke ausbeuten, so fördert ihr Streit das volkswirtschaftliche Verständnis nur wenig. Sie halten seit fünfzehn Jahren Monologe, sagen ein jedes jahraus jahrein sein Sprüchlein her und werfen einander dieselben Beschuldigungen an den Kopf, ohne sich um die Einwürfe der Gegner zu kümmern. Wie unfruchtbar verlaufen z. B. alle Streitigkeiten und Verhandlungen über den mittlern und kleinern Grundbesitz, durch dessen Erhaltung, Wiederherstellung und Vermehrung, wie die Konservativen und die Kathedersozialisten ganz richtig predigen, die soziale Frage zu einem guten Teile gelöst werden könnte! Eben diese Konservativen, d. h. die Rittergutsbesitzer jammern, um hohe Lebensmittelzölle, Steuererleichterungen und Beschränkungen der Freiheit des Arbeiterstandes durchzusetzen, unaufhörlich über den Ruin des Bauernstandes und bewirken dadurch zweierlei. Erstens ge-

winnen sie den Bauernstand für eine falsche Politik, die einen großen Krach vorbereitet, zweitens erzeugen sie bei den Sozialdemokraten die falsche Meinung, deren Weizen blühe auch schon auf dem Lande, vermehren dadurch den Größenwahn, hierdurch aber auch den Mut und die Kraft dieser Partei. In Wirklichkeit giebt es in Westfalen, Oldenburg, Hannover, Schleswig-Holstein, Oberbayern, in Mittel- und Niederschlesien und Oberschlesien diesseits der Oder, in einzelnen Teilen Ostpreußens, Brandenburgs, Niederbayerns noch einen urkräftigen, kerngesunden Bauernstand, und wenn der Bauer nicht eben Bauer wäre und seine Wertpapiere nicht lieber in die Mistpfütze versenkte, als daß er sie der Einschätzungskommission verraten sollte, so würde Herr Miquel dieses Jahr noch ein paar Millionen mehr heraus schlagen. Daß der überschuldete Grundbesitz durch künstliche Mittel nicht zu halten sei, und daß die Unteilbarkeit der Landgüter (wohl zu merken: in einem vollständig aufgeteilten Lande!) nur das Proletariat vermehre, damit hat wieder der Liberalismus Recht. Aber über zwei ihm sehr unbequeme Thatfachen schweigt er sich aus: daß die Verschuldung hauptsächlich von der Erbteilung herrührt, und daß die Zwergwirtschaft unproduktiv fürs Volk und ein Elend für den Wirt ist. Einige der Sachkundigen, die dem Verein für Sozialpolitik über die bäuerlichen Zustände in verschiedenen Gegenden Deutschlands Bericht erstattet haben, sprechen ja die Kernthatfache, die in jenen zwei Thatfachen zur Erscheinung kommt: Übervölkerung, offenherzig aus; aber sie als Schlüssel zum Verständnis der Lage zu benutzen, hüten sich alle Parteien; sie hüfchen darüber hin, verschweigen sie in ihren Organen und fahren fort, leeres Stroh zu dreschen. Von dem Worte Rentengut bekommen die Liberalen Krämpfe, weil, wie sie sagen, das gebundene oder geteilte Eigentum ein mittelalterliches und darum selbstverständlich ein schlechtes Institut sei; in Wirklichkeit, weil die Bindung des Grundbesitzes den beschnittenen und unbeschnittenen Juden ein Beutegebiet entzieht. Noch heftiger geberden sie sich, wenn von Anfassigmachung der Arbeiter durch Erbpacht mit Verpflichtung zur Tagearbeit die Rede ist. Einmal halten sie sich schon anstandshalber für verpflichtet, gegen jeden Versuch einer Wiederherstellung der Hörigkeit mit sittlicher Entrüstung zu protestieren, und dann würden sie durch diesen Rückschritt des Vorteils beraubt, jederzeit massenhaft billige Arbeitskräfte für ihre Fabriken und Gruben herbeiziehen und durch diese Reservearmee ihre ständigen Arbeiter in Schach halten zu können.

Das bringt uns auf die politische Seite der Sache. Der Liberalismus — was man auf unserm Festlande Liberalismus nennt; echt liberale Gesinnung ist selbstverständlich noch hie und da vorhanden, und wir selbst nehmen es darin mit jedermann auf — dieser Liberalismus ist also tot, mauftot, und kein Toben gegen Junker und Pfaffen macht ihn wieder lebendig. Er ist tot, heißt das, in den Parteien, die sich liberal nennen; in einer Partei,

nur in dieser einen, lebt er noch: in der sozialdemokratischen. Wie in der Philosophie, so sind die Sozialdemokraten auch in der Politik die einzigen folgerichtigen und ehrlichen Jünger der liberalen Professoren. Der politisch-ökonomische Liberalismus fordert die volle Gleichberechtigung aller dem Knabenalter entwachsenen männlichen Wesen — wegen der weiblichen befindet er sich einigermaßen in Verlegenheit — und das durch kein Gesetz gehinderte freie Spiel der politischen und wirtschaftlichen Kräfte. Eben dieses fordern heute nur noch die Sozialdemokraten, und außerhalb ihrer Reihen giebt es keinen Politiker, der diese Forderungen nicht entweder stillschweigend hätte fallen lassen oder vorkommenden Falls ausdrücklich verleugnete. Wie hart auch im sozialdemokratischen Zukunftsstaate der wirtschaftliche Zwang ausfallen würde, was die Arbeiter gegenwärtig fordern, ist die Freiheit, die Macht ihrer Organisationen zu besserem Erwerb auszunützen zu dürfen, da der Besitzlose in der Vereinzelung selbstverständlich zur absoluten wirtschaftlichen Abhängigkeit verurteilt bleibt. Die meisten deutschen Regierungen haben die für den ersten Mai geplanten sozialdemokratischen Aufzüge und Versammlungen im Freien verboten, und soviel wir wissen, hat nicht eine einzige liberale Zeitung gegen dieses Verbot Verwahrung eingelegt, obgleich es zweierlei Recht voraussetzt, denn daß die deutschen Sozialdemokraten bei öffentlichen Aufzügen nicht Ordnung zu halten verstünden, kann ihnen niemand nachsagen, und daß sie so närrisch sein sollten, Revolution zu spielen und sich totschießen zu lassen, glaubt auch kein Mensch; durch die Rücksicht auf die öffentliche Ordnung und Sicherheit läßt sich also das Verbot nicht rechtfertigen. Der Einwand, daß die Sozialdemokraten als Feinde der bestehenden Gesellschaftsordnung nicht wie die übrigen Parteien zu behandeln seien, verdient vom liberalen Standpunkt aus gar keine Beachtung, da die glühenden Freunde des Fortschritts das Menschengeschlecht doch nicht zum ewigen Stillstande verurteilen wollen können, im Gegenteil die Fortbildung der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung zu einer andern, vollkommeneren ausdrücklich fordern müssen. Die Gründe jener Verbote mögen nun sein, welche sie wollen, das geht uns hier weiter nichts an; aber wer sie billigt, der spricht den Sozialdemokraten, d. h. den Arbeitern, das Vollbürgerrecht ab.

Freilich haben sie das niemals besessen, sie werden es auch niemals besitzen und können es nicht besitzen, so lange sie Arbeiter sind. Ein besitzloser, vom Brotherrn abhängiger Lohnarbeiter als Vollbürger, das ist eine Tollheit, die nur ein weltfremder Stubengelehrter aushecken oder ein Volksbetrüger vorspiegeln könnte. Kein Mensch ist frei ohne Besitz, und die Verleihung des Vollbürgerrechts an alle mündigen Deutschen bleibt solange ein Humbug, bis alle mündigen Deutschen mit wenigstens dreißig Morgen Acker oder zehntausend Thalern Geldkapital ausgestattet sein werden. Der Kaiser hat kürzlich den Freiherrn von Stumm auf Neunkirchen besucht und hundertunddreißig seiner

Arbeiter prämiert, die länger als fünfundzwanzig Jahre in seinem Dienste arbeiten. Es ist gar nicht daran zu zweifeln, daß ein Arbeiter in Neunkirchen glücklich wie ein König ist im Vergleich zu dem „freien“ Arbeiter, der „frei“ von Asyl zu Asyl, von Polizeigefängnis zu Polizeigefängnis zwischen Alpenrand und Wasserlant hin und her strolcht, oder auch im Vergleich zu manchem kleinen Handwerksmeister, der sein eigener Herr, der gehorsame Diener seiner Kunden und der Knecht seiner Gläubiger ist. Ein solcher Arbeiter in Neunkirchen hat seine gesicherte Stellung, seine gesunde, bequeme Wohnung, genügendes Einkommen, sorgsame Pflege in Krankheit, und auch für sein Weib und für seine Kinder wird gesorgt. Aber ein freier Staatsbürger ist er nicht. Herr von Stumm macht keinem Menschen gegenüber ein Hehl daraus, daß seine Arbeiter in allen Stücken nach seiner Pfeife tanzen, zur Berehelichung seine Erlaubnis einholen müssen, keine andern als die von ihm zugelassenen Blätter lesen dürfen und bei politischen Wahlen für seinen Kandidaten zu stimmen haben, was eine ebenso überflüssige als sinnlose Förmlichkeit ist, für die er freilich nicht kann; weit einfacher wäre es, wenn das Gesetz dem Brotherrn so viel Stimmen zuspräche, als er Arbeiter beschäftigt. Mögen also die Neunkirchner Arbeiter sein, was sie wollen: Untertanen, Hörige oder Sklaven — auf den Namen kommt nichts an, giebt es doch sehr glückliche Sklaven; die in Sansibar singen und lachen den ganzen Tag —, jedenfalls ist es, um ein recht parlamentarisches Wort zu gebrauchen, die äußerste Geschmacklosigkeit, sie freie, vollberechtigte Staatsbürger zu nennen. Nur der vernagelte Parteigeist kann leugnen, daß die persönliche Herrschaft eines einzelnen bestimmten Herrn, der zu seinen Untergebenen in menschliche Beziehungen tritt, aus denen sich Empfindungen der Anhänglichkeit und gegenseitiger Verpflichtung entwickeln, jener unpersönlichen Herrschaft unendlich vorzuziehen sei, die jetzt das Kapital über die Arbeit, die Gesamtheit aller Besitzenden über alles, was einen Marktpreis hat, einschließlich des Leibes und der Seele aller Besitzlosen ausübt. Eine treffliche Charakteristik dieser Herrschaft, die den Untergebenen gegenüber keine Pflichten kennt, noch anerkennt, findet man in Helld's von G. F. Knapp herausgegebenen zwei Büchern zur sozialen Geschichte Englands (Leipzig, Dunder und Humblot, 1881), S. 663 ff. In neuerer Zeit sucht der Staat den Kapitalisten einen Teil ihrer Kollektiv- oder Einzelherrschaft zu entwinden und die Arbeiter zu Staatsknechten zu machen, die unter gewissen Bedingungen den einzelnen Unternehmern vermietet werden; auf dieses Ziel steuert, den Gesetzgebern wohl unbewußt, die Arbeitergesetzgebung offenbar hin. Wenn nun die Arbeiter weder eines einzelnen Menschen, noch des Kapitals, noch eines Staates, den sie nicht selbst regieren, gehorsame Knechte, sondern wirklich freie, selbständige, den Kapitalisten gleichberechtigte Bürger sein wollen, so thun sie damit weiter nichts, als daß sie den verlognen Liberalismus beim Worte nehmen. Unter dessen Phrasen ist eine ganz besonders nieder-

trächtig, weil sie der Lüge die Verleumdung und den kränkenden Hohn zugesellt, die Phrase: der Arbeiter brauche ja nur durch Fleiß und Sparsamkeit Vermögen zu erwerben, wenn er sich der wirtschaftlichen Unabhängigkeit erfreuen wolle, diese Phrase, die Eugen Richter mit seiner Spar-Agnes so reizend illustriert hat; wenn es schon ein Ladenmädchen mit vierundzwanzig Jahren auf zweitausend Mark Ersparnisse bringt, wie reich muß da erst ein tüchtiger männlicher Arbeiter werden! Vor mehr als hundert Jahren hat Adam Smith gezeigt, wie der Reichtum des Kapitalisten aus den Abzügen am Verdienste der Arbeiter entsteht, wie sich kein durch Besitz unabhängiger Mensch einen solchen Abzug gefallen läßt, und er hat ausgerechnet, daß durchschnittlich fünfhundert besitzlose Arbeiter dazu gehören, um einen Besitzenden reich zu machen. Aber kein Geheimbund verbirgt seine wertlose, esoterische Weisheit sorgfältiger vor den Profanen, wie die Bonzen des Kapitalismus die sehr wertvolle Weisheit des schottischen Nationalökonomens vor dem großen Publikum verbergen. Die ökonomische Unabhängigkeit aller und demnach die politische Gleichberechtigung aller ist nur im reinen Bauern- und Handwerkerstaat möglich, und auch hier nur unter der Bedingung, daß noch Land genug übrig ist, jeden heranwachsenden zweiten und dritten Sohn mit eignem Grundbesitz auszustatten.

Demnach läßt sich jederzeit genau berechnen, wie viel Freunde und Feinde jeder der modernen Staaten hat: so viel Grund- und Kapitalbesitzer und Pfriündner, so viel Freunde; so viel Besitzlose, so viel Feinde; so viel mit unzulänglichem Besitz, etwa mit einem Sparkassenbuch ausgestattete Personen, so viel unsichere Kantönisten. Ein Staatsmann, der das nicht wüßte, wäre geradezu gemeingefährlich.

Wir sagten, jeder der modernen Staaten, weil ehedem die altmodische Auffassung, daß Standesunterschiede eine unabänderliche Einrichtung Gottes seien, in den Knechten und Lohnarbeitern der Staatsfeindschaft entgegenwirkte; und da diese Gesinnung hie und da auch im modernen Europa noch vorkommt, so bildet sie, namentlich wenn sie mit dem Glauben an die jenseitige Vergeltung und mit Unwissenheit verbunden ist, eine staaterhaltende Schutzwehr, die man weder über- noch unterschätzen soll. Überschätzt, und noch dazu ganz falsch verstanden, wird sie von den Frommen. Wenn die Ultramontanen den Sozialdemokraten und den religionslosen Liberalen allerlei Raubmörder an die Rockschöße zu hängen versuchen, so ist das einfach albern. Verbrechen zu verhüten hat noch keine Religion vermocht; im Gegenteil erzeugen die Religionen, indem sie bald unvernünftige Zumutungen an die Menschennatur stellen, bald in Fanatismus ausarten, ihre besondern Arten von Verbrechen; wäre vor dreihundert Jahren das Dynamit bekannt gewesen, so wäre Ravailac ein Dynamitbold geworden. Die Religion bildet freilich einen Damm gegen den Ansturm der Begierden, der aber beim Durchschnittsmenschen nicht stärker sondern schwächer zu sein pflegt als die andern Dämme: Ehrgefühl, Furcht

vor Strafe und kluge Berechnung des eignen Vorteils. Erreicht die vielleicht infolge allgemeiner Not überlange ungestillte Begierde eine gewisse Spannkraft, so sinkt der Widerstand auf Null. Nicht im umgekehrten Verhältnis zur Zahl der Kirchgänger, sondern mit den Kornpreisen steigt und fällt unerbittlich und unabänderlich die Zahl der Diebstähle in katholischen, protestantischen und heidnischen Ländern. Nicht eine unbegrenzte Widerstandskraft gegen die Versuchung im einzelnen Falle gewährt die Religion, sondern mit dem Elend im allgemeinen verhöhnt sie, und in die Lage des Knechtes lehrt sie den Armen sich fügen, und dies sich fügen fällt ihm um so leichter, je fester er nach Lukas 16, 25 glaubt, er werde dereinst in Abrahams Schoße getröstet und sein Herr in der Hölle gebraten werden. Wo die Religion noch unversehrt herrscht, da pflegen auch sonst noch gemütlliche Zustände zu herrschen, da spricht man seine Muttersprache oder seinen Dialekt, da feiert man seine Volksfeste, da werden Almosen gespendet, da nimmt es die Polizei mit der Ordnung nicht genau, oder giebt es überhaupt weder Polizei noch Bürokratie, da fühlt man sich behaglich, und das entschädigt den Armen für manches Harte, das er erduldet, sowie für die Güter, die er entbehrt und vielleicht gar nicht kennt. Dieses Nichtkennen, das sich so oft mit der naiven Religion zusammenfindet, ist von ganz besonderm Werte. Die Unwissenheit, die durchaus nicht Unbildung zu sein braucht — sind doch Wissensmenge und Bildung zwei ganz verschiedne Dinge — wird dort bewahrt, wo man fern vom Weltverkehr lebt, und wo nur ein mangelhafter oder gar kein Schulunterricht erteilt wird. Die Bildungswut der Liberalen und ihre Feindschaft gegen die Pfaffen entspringt unter anderm der Berechnung, daß es den ungläubig gewordenen und mit der verworrenen Vorstellung von allerlei in der Fremde winkenden Gütern, mit den Ideen der Freiheit und Gleichberechtigung erfüllten Tagelöhnerkindern auf dem Dorfe nicht mehr gefallen werde, und daß sie als billige Arbeitskräfte der Stadt und der Industrie zuströmen werden. Mit dieser Berechnung haben sich die Herren nicht getäuscht. Wenn sie sich aber einbilden, die einmal geweckte Erkenntnis, nicht des Guten und Bösen, sondern der bis dahin unbekanntem Genußgüter werde sich mit den Vorträgen des Volksbildungsvereins und mit der Erlaubnis, die Schaufenster zu begucken, abspeisen lassen, so sind sie dumm. Die liberalen Stadtherren Italiens sind darin weit klüger. Sie schimpfen auf die volksverdummenden Pfaffen, dekretiren den allgemeinen Schulzwang und — lassen ihn auf dem Papiere stehen. Sie wissen es recht gut, daß es mit ihrer Herrschaft längst aus wäre, wenn die Bauern lesen und schreiben könnten. Man lese in Ehebergs Abhandlung „Agrarische Zustände in Italien“ (Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Band XXIX) S. 147—150 und vergleiche auch Sidney Sonninos Abhandlung über das toskanische Meiersystem in Hillebrands Italia von 1874, wo angedeutet wird, daß die Pfarrschulen vernichtet worden seien, damit die Landleute nicht lesen

lernen und die Wahlberechtigung nicht erlangen können. Nicht minder klug waren die englischen Grubenbesitzer, die den Bemühungen der Arbeiter um Schulung ihrer Kinder so lange wie möglich Widerstand leisteten, und überhaupt die englischen Unternehmer, die Kinderschutz und Schulzwang für freventliche Eingriffe ins dreimalheilige Privatrecht und in die unantastbare wirtschaftliche Freiheit erklärten. Wären die englischen Arbeiter, wie auch der oben erwähnte Held anerkennt, nicht zu elend und zu unwissend gewesen zum Revolutionmachen, so stünde heute von Altengland kein Stein mehr auf dem andern. Die Verbrechen der Chartisten schreckten zwar für den Augenblick, aber nachdem man sich überzeugt hatte, daß ein paar hundert Kavalleristen hinreichen, einige tausend halbverhungerte Arbeiter samt Weibern und Kindern über den Haufen zu reiten und zu zertreten, triumphierte die Bourgeoisie, wie das W. A. Huber sehr schön geschildert hat, mit cynischem Hohne. Seitdem haben die in den Vordergrund getretne Eisenindustrie, die kräftige und intelligente Arbeiter verlangt, und ein mäßiger Schulzwang zusammengewirkt, den Organisationsbestrebungen der englischen Arbeiter zum Siege zu verhelfen, und heute sind sie in der Lage, durch Riesenstreiks den Unternehmern ihre Bedingungen aufzuzwingen und ganz offen die Frage zu erörtern, wie das Land unters englische Volk geteilt werden könne — andrer Leute Land, fremdes Eigentum! jammert die Saturday Review fast in jeder Nummer.

Die Bedeutung der Volksschule und des Schulzwangs liegt nicht in der „Physik,“ „Chemie,“ „Geographie“ und den übrigen „Wissenschaften,“ die man bei uns in Deutschland den Kindern des Volks einbläut. All dieses Zeug wird nur halb verstanden und bald wieder vergessen. Die wenigen, die es brauchen, eignen sich später in Werkstätten, in Fortbildungsschulen und durch Selbststudium aufs neue an, während es den meisten rein gar nichts nützt und sie wie jeden, der sein Gelerntes nicht verwenden kann, nur unzufrieden macht. Die Bedeutung des allgemeinen Schulunterrichts liegt vielmehr erstens darin, daß er die Armen anspruchsvoll macht. Sie haben von allem etwas gehört, glauben alles zu verstehen und den Gebildeten geistig ebenbürtig zu sein. Dies zusammen mit der politischen Gleichberechtigung und der Gleichheit der Kleidung erzeugt notwendigerweise den Anspruch auf annähernde Gleichheit des Einkommens mit den Personen des gebildeten Mittelstandes. Wenn man diesen psychologisch notwendigen Anspruch nicht aufkommen lassen und auch den Geistlichen nicht gestatten will, die Arbeiter in Engel zu verwandeln, was freilich meistens schlecht genug gelingt, so bleibt nichts übrig, als eine Methode zu erfinden, wie den Arbeiterkindern unbeschadet ihrer Vernunftfähigkeit die Schafsnatur eingeeimpft werden könnte. Nebenbei bemerkt, ist es eine entsetzliche Grausamkeit, die Intelligenz zwangsweise zu entwickeln und dann den Ansprüchen einer entwickelten Intelligenz die Befriedigung zu versagen, ja das Streben darnach zwangsweise zu verhindern. Zweitens liegt die Bedeutung

der Volksschule darin, daß die Künste des Lesens und Schreibens den gemeinen Mann in den Stand setzen, Zeitungen zu lesen, sich selbst zu unterrichten, mit seinesgleichen in Verbindung zu treten und Arbeiterorganisationen zu schaffen. Nicht das Wissen an sich ist Macht für die Armen, sondern daß ein Armer vom andern weiß, und daß sich die Massen der Armen zusammenballen können, das ist Macht.

Gegen die Verdächtigung, die uns nicht erspart bleiben wird, als wollten wir die Leibeigenschaft wieder einführen und die Volksschule zerstören, verwahren wir uns im voraus. In diesem unserm Klärungsversuche empfehlen und widerraten wir gar nichts. Wir legen nur dar, was ist, und was unter gegebenen Verhältnissen sein muß. Wir wollen die Politiker, die gewöhnlich entweder unter den Antrieben von Neigung und Haß handeln oder von einseitigen und engherzigen Partei- und Klasseninteressen geleitet werden, wir wollen sie zwingen, einmal die Folgen, die unausbleiblichen Wirkungen ihrer Handlungen und Maßregeln ins Auge zu fassen. Wir sagen nicht: dies oder das soll geschehen oder unterbleiben, sondern wir sagen nur: wenn dies geschieht oder unterbleibt, so ist das und das die notwendige Folge; überlegt, ehe ihr handelt! So werden wir stets sprechen, so haben wir auch schon gesprochen, und unsre Methode an einer Reihe von Einzelfällen zu zeigen, war der Zweck dieser Zeilen. Und außerdem werden wir keine Gelegenheit vorübergehen lassen, die unheilstiftenden volkswirtschaftlichen Irrtümer zu berichtigen. Insbesondere werden wir bei jeder Gelegenheit wiederholen: wenn Aufklärungswut, Industrie und Bürokratie unausgesetzt daran arbeiten, die ruhigen, trägen Volksmassen aufzurütteln und aufzustacheln, sie aus lieben alten Gewohnheiten und Anschauungen herauszureißen, ihnen den Aufenthalt in der Heimat zu verleiden, sie in der Welt herumzuschleudern, wenn dann dieser menschliche Flugand auch noch von der übrigen Gesellschaft abgefordert und unter dem Namen „Arbeiter“ oder gar „Arbeitnehmer“ hochamtlich für eine besondere Klasse erklärt und mit einer besondern Arbeitergesetzgebung beglückt wird, und wenn sich nun jemand darüber wundert, daß die Flugandkörner gegenseitig Halt an einander suchen, und daß sie sich zu einer Masse zusammenballen, die der Klasse der Besitzenden haßerfüllt gegenübersteht, also wenn sich jemand darüber wundert, wie dumm muß der sein!

Neben dieser Kritik werden wir dann auch gelegentlich an unser eignes Reformprogramm erinnern. Es enthält nichts neues und wäre schon längst aufgestellt worden, wenn nicht die Männer, die durch einzelne Sätze verraten, daß sie denken wie wir, an der vollständigen Aussprache durch Rücksichten gehindert würden, die wir nicht zu nehmen haben. Wir gehen von dem unbestreitbaren Satze aus, daß wie im reinen Bauernstaat die Entstehung feindseliger sozialer und politischer Gegensätze und bei zureichendem Boden und mäßiger Intelligenz auch die von wirtschaftlichen Nöten nicht möglich ist, im

Industrie- und Handelsstaat bei knappem Boden beides notwendigerweise eintreten muß, und daß Not, Zerwürfniß und Gefahr desto größer werden müssen, je größer die Vermögensunterschiede und je zahlreicher die Besitzlosen werden. Es handelt sich also darum, daß man sich dem natürlichen gesunden Zustande wieder so weit nähere, als es ohne Preisgebung der auf Industrie und Handel beruhenden höhern Kultur möglich ist. Zu diesem Zweck ist erstens eine gründliche Reform des Vermögens- und Schuldrechts, sowie des Steuersystems notwendig, wodurch der Anhäufung übergroßer Vermögen vorgebeugt, die allmähliche Zerkleinerung der angehäuften eingeleitet, und vor allem jede Art ungerechter Bereicherung möglichst verhütet würde. Dann ist die Erhaltung und Wiederherstellung des Kleingewerbes durch die schon oft empfohlenen Mittel: Rohstoffgenossenschaften, genossenschaftliche Regelung des Kredits, genossenschaftliche Benutzung von Kleinmotoren und Kraftübertragungen nach Kräften zu fördern, selbstverständlich nur in solchen Gewerben, wo nicht die Natur des Produktes den Großbetrieb fordert, wie beim Lokomotivenbau. Übrigens fordern gerade solche Gewerbe, die nicht anders als im großen betrieben werden können (was bei der Textilindustrie durchaus nicht der Fall ist), so tüchtige Arbeiter, daß hier am wenigsten Arbeiterelend einreißen kann. Durch die Verminderung der Zahl der Lohnerbeiter fällt die „Arbeiterfrage“ und das unbehagliche Dilemma: Sklaverei oder Kommunismus von selbst hinweg. Gehilfen, die später Meister und Hausbesitzer werden, bilden keinen besondern Arbeiterstand und werden vorm Meisterwerden auch keine politischen Rechte beanspruchen. Mit der Dezentralisierung der Industrie hat die innere Kolonisation Hand in Hand zu gehen und einen Zustand herzustellen, wo Landwirt und Handwerker gegenseitig ihre Produkte austauschen und jeder seinen Einkaufs- und Absatzmarkt in nächster Nähe findet, und die Produktion durch den bekannten leicht zu überschenden Bedarf geregelt wird. Mit dieser Annäherung der Produktion an den Konsum schwindet die Bedeutung der Produktenbörse, wie mit der Reform des Schuldrechts und Staatsschuldenwesens die der Effektenbörse. Der Auslandshandel hat nur solche Rohprodukte fremder Zonen herbeizuschaffen, die daheim nicht gedeihen, und zu deren Bezahlung genügt eine Exportindustrie, die, statt wie jetzt Millionen zu beschäftigen oder auch nicht zu beschäftigen, vielleicht kaum hunderttausend beansprucht. Die innere Kolonisation kann ohne Opfer sowohl von den Großgrundbesitzern als auch von deren Gläubigern nicht durchgeführt werden, und so lange das nicht anerkannt wird, bleiben die betreffenden Verhandlungen Geschwätz, denn so teuer wie in Posen und Westpreußen kann eine Kolonisation, die statt etlicher tausend etliche Millionen Menschen anzusiedeln hätte, nicht durchgeführt werden; die Anleihe, die dazu nötig sein würde, vermöchten weder die Kolonisten noch das Volk im ganzen zu verzinsen. Bedeutend weniger Rücksicht als die Großindustriellen und die Großgrundbesitzer würden bei diesem Rück-

und Umbildungsprozeß die großen Geldverleiher und die großstädtischen Grundstückspekulanten verdienen; nachdem die Gesetzgebung so viele sinnreiche Mittel gefunden hat, diesen Blutegeln das Vollsaugen zu erleichtern, wird sie wohl auch Mittel finden, das Blut wieder dorthin zurückzuführen, wo es hingehört. Da endlich für eine durchgreifende innere Kolonisation, die lebensfähige Bauernnahrungen schüfe, schon bei der jetzigen Kopfzahl der Deutschen das Land nicht zureichen würde, ländliche Zustände aber, wie sie in Belgien, Italien und China, zum Teil auch schon in einigen Gegenden des mittlern und westlichen Deutschlands herrschen, nur eine andre Form des sozialen Elends sein würden, so muß der vaterländische Grund und Boden vergrößert werden; freilich würden überseeische Kolonien für diese Zwecke wohl noch nicht hinreichen. Wem unser Reformplan nicht gefällt, oder wer ihn für unausführbar hält, der hat zwischen der Verflavung der Arbeiter mit entsprechender Verfassungsänderung und dem Kommunismus zu wählen. Treten wir uns darin, so werden wir uns durch die Erfahrung der kommenden Jahre herzlich gern eines bessern belehren lassen.

Also wir bekämpfen die Sozialdemokratie nur indirekt, indem wir auf Änderung der Zustände dringen, aus denen sie mit Notwendigkeit hervorgeht; jede direkte Bekämpfung erklären wir für pfuscherisches Kurieren auf Symptome. Der Arzt mag ja manchmal genötigt sein, an Eiterbeulen herumzuschneiden, aber daß der Patient dadurch noch kein reines Blut bekommt, lehrt die Erfahrung zur Genüge. Mit diesem Gleichnis wollen wir weder die oben gegebene relative Notwendigkeit der Sozialdemokratie in Abrede gestellt haben — sind doch gerade die Krankheiten Naturheilprozesse — noch auch die Sozialdemokraten persönlich beleidigen. Nicht sie, sondern die Lage des Arbeiterstandes und seine sich daraus ergebende Stimmung und falsche Organisation nennen wir eine Eiterbeule; der einzelne Sozialdemokrat mag dabei geistig so gesund oder doch nicht kränker sein als der durchschnittliche Bourgeois. Dasselbe gilt selbstverständlich umgekehrt auch von den herrschenden Klassen, denen wir bittere Wahrheiten zu sagen genötigt sind. Ihnen persönlich zu grollen, liegt uns fern. Einem Menschen gram zu sein, weil er Unternehmer oder Arbeiter, weil er konservativ, nationalliberal, „freisinnig“ oder Sozialdemokrat, weil er Protestant oder Katholik ist, das ist alles gleich kindisch. Engel und Teufel bilden in allen Parteien und Klassen die Ausnahme. Der Mittelschlag thut überall, was ihm seiner Ansicht nach nützt, und läßt, was ihm schadet, und ist dabei so gutmütig, rechtschaffen und gewissenhaft, sich einzureden, daß das, was er thut, gut und auch andern nützlich sei. Was aber einem jeden nützt und schadet, das ist durch seine soziale Lage gegeben. Wären sämtliche jetzt lebenden Millionäre als Säuglinge mit Arbeiterkindern vertauscht worden, so würden sie heute vielleicht die wütendsten Sozialdemokraten sein, und die im Millionärshause aufgewachsenen Arbeiterkinder würden genau so denken,

reden und handeln, wie der Freiherr von Stumm und andre weit weniger wohlwollende und hochherzige „Industriefeudale.“ Also insofern sind alle Klassen gleich. Von den herrschenden Klassen aber kann man in diesen kritischen Tagen wohl fordern, daß sie über den Vorteil, der ihnen vor der Nase liegt, hinaussehen und sich fragen, wie es um ihre Kinder und um die idealen Güter des Vaterlandes stehen werde, wenn es so weit kommen sollte, daß die Zahl der Besitzlosen in Deutschland drei Viertel oder fünf Sechstel der Bevölkerung betrüge.



Die preußische Steuerreform



ie von der preußischen Regierung abhängigen Zeitungen und auch neuerdings der „Reichsanzeiger“ bringen verschiedene Aufsätze über die beabsichtigte weitere Steuerreform, und die Federn aller Zeitungsschreiber sind bereits in Thätigkeit, um zu dem Reformprojekte „Stellung zu nehmen,“ d. h. es im Parteiinteresse einer Erörterung zu unterziehen. Denn die politischen Zeitungen und leider auch unsre politischen Parteien können das Parteiinteresse nicht von sich streifen; diesem Interesse, nicht der Logik und der Wissenschaft leisten sie Heeresfolge. Die Zeitungen der nationalliberalen Partei, die den Finanzminister als ihren Genossen betrachten, vor allem die „Nationalzeitung,“ loben das Reformprojekt unbedingt; diesem Lobe treten auch die klerikale und die konservative Presse, namentlich die „Kreuzzeitung,“ die für ihre Partei auch den Wegfall der Grundsteuer hofft, bereitwilligst bei, und nur die „Freisinnige Zeitung,“ die Stimme Eugen Richters, sowie einzelne Zeitungen der Mittelparteien erheben sachliche Bedenken, fordern insbesondere vor Abgabe eines schließlichen Urteils eine vollständigere Darlegung des Steuerumbildungsplanes. Diese Forderung erscheint auch völlig gerechtfertigt, da der im „Reichsanzeiger“ veröffentlichte Plan die eigentlichen Absichten noch nicht klar erkennen läßt. Auch fehlen bis jetzt genaue Angaben über den Betrag der neuveranlagten Einkommensteuer. Ob das Mehr, das zur Umbildung der übrigen Steuern verwandt werden soll, bei ihr vierzig oder fünfzig Millionen Mark beträgt, steht noch nicht fest, ebensowenig, wie sich das Mehr auf die Provinzen und Kreise, auf die Städte und das platte Land verteilt. Auch der Ertrag der einzelnen Einkommensquellen, also a) Kapitalvermögen, b) Grundvermögen, c) Handel und Gewerbe, d) gewinnbringende Beschäftigung, e) Einkommen der Aktiengesellschaften müßte vorher im ganzen und nach Provinzen und Kreisen angegeben werden, endlich